

blick nach rechts

G 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 13. Jahrgang Nr. 12 12. Juni 1996

→ **Meinungsfreiheit für Revisionisten** Seite 3

In trauter Eintracht versammeln sich Vertreter rechtskonservativer bis eindeutig rechtsextremistischer Ausrichtung in einem gemeinsamen Appell. Sie fordern die Freiheit der Meinungsäußerung „zu bestimmten Fragen der Zeitgeschichte“ ein. Die Leugnung des Holocaust soll demnach ohne strafrechtliche Folgen bleiben.

→ **Tanz um die „Republikaner“** Seite 5

Der unerwartete Wahlerfolg in Baden-Württemberg macht die REP wieder begehrenswert für Rechtsextremisten aus anderen Organisationen.

→ **Heilslehren einer Sekte** Seite 6

Die Botschaften der „Universalen Kirche“ strotzen vor antisemitischem Gedankengut. Die Schweizer Justiz hat bereits Anklage erhoben.

→ **Zehn Jahre Historiker- streit** Seite 12

Vor zehn Jahren veröffentlichte der Berliner Professor Ernst Nolte erstmals seine umstrittenen Thesen zur Reinwaschung der deutschen Geschichte. Nolte gilt heute als „Ziehvater“ der „jungen Revisionisten“.

Tagebuch Seite 13

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon 0228/95113-0, Fax 95113-16

Der Hamburger Neonazi-Prozeß: **Ein Knoten im Netzwerk**

Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß, Verbreitung verfassungswidriger Propaganda und Bildung einer kriminellen Vereinigung - den amerikanischen Neonazi Gerhard, „Gary“, Rex Lauck lassen die Vorwürfe der Hamburger Staatsanwaltschaft kalt.

Auch nach fünf Verhandlungstagen vor dem Hamburger Oberlandesgericht schweigt er eisern. Indizien gegen ihn gibt es allerdings genug. Neben seinem regen Briefwechsel mit dem österreichischen Neonazi Gottfried Küssel, und seinem Hamburger Gesinnungsgenossen Christian Worch, sind vor allem Artikel aus den Hetzpostillen „NS-Kampfruf“ und „The New Order“ Gegenstand der Anklage. Zwischen April 1994 und März 1995 hat Lauck, so die Anklage, von der NSDAP/AO-Zentrale in Lincoln/Nebraska aus, den „NS-Kampfruf“, NS-Utensilien, Bücher, Videos und Aufkleber flächendeckend an Gesinnungsgenossen in der gesamten Bundesrepublik verteilt. Von Flensburg bis Ulm propagierte Kampfruf-Herausgeber Lauck das „Endziel der Schaffung eines nationalsozialistischen Staates“ und „die Errichtung einer neuen Ordnung auf einer rassischen Grundlage in der ganzen arischen Welt“. Seine Anhänger forderte der 43jährige Unternehmensberater und NSDAP/AO-Organisationsleiter zum „fanatischen Einsatz“ gegen die „Bonner Judenrepublik“ auf. Wichtigstes Hilfsmittel: die Propaganda. Schließlich, so Lauck, wisse man nie, „welcher Strohalm den Rücken des jüdischen Kamels brechen, welcher Aufkleber oder welche Zeitung neue Mitkämpfer gewinnen und den Lauf der Schlacht umkehren wird“.

Dank für die „zwanzig schönsten Jahre“

Mehr als 10.000 Aufkleber und Parolen wie „Rotfront verrecke“, „Ausländer raus“, „Trotz Verbot nicht tot“, beschlagnahmte die Staatsanwaltschaft nach Laucks Verhaftung bei Hausdurchsuchungen im März 1995 und durch Postüberwachungen der Neonazi-Adressen. Mit dabei u.a. der Leiter der Bonner Anti-Antifa-Kampagne 1992-1994 Norbert Weidner (ehemals FAP) sowie die Kader Thomas

Richter (Berlin) und Ilias Casteas (Naumburg). Zehn Jahre hatten die Ermittler gebraucht, um dem Vertriebsweg von Hetzschriften, NS-Devotionalien und Videofilmen wie „Der ewige Jude“ auf die Spur zu kommen. Die Methode war immer die gleiche: in braunen DIN A5-Umschlägen verschickte Laucks Mitarbeiterin Opal Soltau, alias Karl Hammer, das Material. Die 72jährige Deutsch-Amerikanerin gehört zu den fanatischsten Anhängern Laucks und führt seit seiner Inhaftierung die Geschäfte der NSDAP/AO weiter. In einem Brief an Laucks Hamburger Haftadresse versprach sie ihm ihr gesamtes Vermögen als Dank für die „zwanzig schönsten Jahre“.

Anwalt der rechten Szene

Gewonnen ist mit Laucks Verhaftung nach Meinung von Prozeßbeobachtern jedoch nicht viel. Er ist keineswegs ideologischer Kopf der NSDAP/AO, sondern als „Pressestelle“ lediglich ein Knoten im weitverzweigten Netzwerk der internationalen Neonazi-Szene. Längst bestimmen dezentrale Strukturen das Konzept der NSDAP/AO. Propagandamaterialien werden mittlerweile über die „Versorgungslinie Nord“, über Dänemark und Schweden organisiert. Ob Lauck verurteilt wird, ist zudem keineswegs sicher. Bereits zu Prozeßbeginn am 9. Mai versuchte Laucks Verteidiger Hans-Otto Sieg, das Verfahren wegen juristischer Formfehler einstellen zu lassen. Der Frankfurter Anwalt verteidigte Anfang des Jahres in Koblenz auch den Funktionär der neonazistischen „Deutschen Nationalisten“, Michael Petri. Lauck hatte Sieg bereits aus der dänischen Auslieferungshaft für den Hamburger Prozeß angeheuert, nachdem er im März des vergangenen Jahres im Haus von Jonny Hansen, dem Chef der „Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung“ (DNSB), in Greve verhaftet worden war. Im September wurde er dann schließlich nach einigem juristischen Hickhack an Deutschland ausgeliefert. Für Rechtsanwalt Sieg sind die Auslieferungsgründe jedoch nicht identisch mit den Anklagepunkten der Staatsanwaltschaft, das Verfahren somit obsolet. Doch für alle Fälle ließ er an den folgenden Verhandlungstagen weitere Anträge folgen. Telefongespräche und Faxe von Lauck seien von deutschen Behörden illegal abgehört worden. Sie könnten deshalb nicht zur Beweisführung im Prozeß genutzt werden, genausowenig wie die dänischen Vernehmungsprotokolle, da Lauck nicht auf sein Recht auf Aussageverweigerung hingewiesen worden sei.

Sollte Sieg mit seinen formaljuristischen Winkelzügen Erfolg haben, könnte Lauck den Gerichtssaal bei Prozeßende als freier Mann verlassen, da die ihm zur Last gelegten Straftaten nach sechs Monaten verjähren. Der Prozeß wird bis zur Sommerpause fortgesetzt. Für Ende Juni hat Richter Günter Bertram den früheren Abteilungsleiter des Bundesamts für Verfassungsschutz und Rechtsextremismusexperten Heinrich Sippel geladen.

Sonia Shinde

Für eine andere Meinungsfreiheit

Am 17. Mai veröffentlichte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) eine skandalträchtige Anzeige, die ihresgleichen sucht. In einem „Appell der 100 Die Meinungsfreiheit ist in Gefahr!“ wird verklausuliert dagegen polemisiert und protestiert, daß die Leugnung des industriell betriebenen Massenmordes an den Juden während der Nazi-Diktatur strafrechtlich verfolgt wird. So heißt es in den Appell u.a.: „Wir, die Unterzeichneten, haben in letzter Zeit mit Besorgnis zur Kenntnis nehmen müssen, daß in Deutschland in zunehmendem Maße Sondergesetze und strafrechtliche Verfolgung gegen Verleger, Redakteure und Autoren - auch gegen Wissenschaftler - wegen deren Äußerungen zu bestimmten Fragen der Zeitgeschichte eingesetzt werden ... Dadurch werden die wissenschaftliche Forschung und die öffentliche Diskussion dieser gerade für Deutschland wichtigen Fragen unerträglich eingeengt, und der notwendige Prozeß der Wahrheitsfindung wird verzögert oder ganz verhindert.“

Als Kontaktadresse der Unterzeichnenden ist der emeritierte Professor Dr. Helmut Schröcke (geb. 1922 in Zwickau; wohnhaft im bayrischen Kottgeisinger) angegeben. Dieser ist im rechtsextremen Lager hinreichend bekannt - unter anderem als: Autor in „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ (DGG aus dem Hause des Grabert-Verlages), „Code“ (Verlag Diagnosen), „Europa“ („Nationaleuropäisches Jugendwerk“), „Junge Freiheit“, „Recht und Wahrheit“, „Nation+Europa“, Referent bei der Nazi-Veranstaltung „Wahrheit macht frei“ am 21. April 1990 im Münchner Löwenbräukeller, bei der „Gesellschaft für europäische Urgemeinschaftskunde“ und als bayrisches Landesvorstandsmitglied des „Witiko-Bundes“.

Unterzeichnet wurde der „Appell“ u.a. von:

- Joachim Hoffmann (1930 geboren), Wissenschaftlicher Direktor a.D. im „Militärgeschichtlichen Forschungsamt“ (MFA) der Bundeswehr, einem führenden Vertreter der „Präventivschlagthese“, wonach Hitler mit dem Überfall auf die Sowjetunion einem drohenden Angriff Stalins nur zuvorgekommen sei. Hoffmann ist Autor im „Ostpreußenblatt“, Interviewpartner der „Jungen Freiheit“, Preisträger der „Ehrengabe für Zeitgeschichtsforschung“ der „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“ (ZFI) und des „General Andrej Andrejewitsch Wlassow“-Kulturpreises der „Deutsch-Russländischen Gesellschaft“ (DRG);

- Werner-Georg Haverbeck (1909 geboren), 1933 Begründer und Leiter des „Reichsbundes Volkstum und Heimat“, 1963 Begründer des „Collegium Humanum“ in Vlotho-Valdorf, Referent bei der „Gesellschaft für freie Publizistik“, Ehrenpräsident und langjähriger Präsident des „Weltbundes zum Schutz des Lebens“ - Deutschland (WSL-D);

- Emil Schlee (1922 geboren), einst Parteimitglied der CDU, der „Patrioten für Deutschland“, der „Republikaner“, dann „Aufbruch 94“, zeitweilig Bundessprecher der „Landsmannschaft Mecklenburg“ und Vizepräsident des „Bundes der Mitteldeutschen“, Autor in „Nation+Europa“, „Der Schlesier“, „Europa Vorn“, „Aula“, Referent beim „Kulturwerk Österreich“, „Witiko-Bund“, „Gesellschaft für freie Publizistik“, „Stahlhelm“;

- Reinhard Uhle-Wetter, einst Bundeswehr-General, zuletzt stellvertretender Kommandeur der 1. Luftlandedivision in Bruchsal, Autor im „Ostpreußenblatt“, in „Zeitenwende“, „Nation+Europa“, „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“;

- August-F. Ventker, Vorsitzender des „Bundes der Goden“, Alter Herr der Burschenschaft Askania Hamburg, Leserbriefschreiber im neonazistischen „Scheinwerfer“.

Eigentlicher Ideengeber des „Appells der 100“ soll - so szeninterne Informationen - Rolf Kosiek (Bundesvorsitzender der „Gesellschaft für freie Publizistik“, Autor in „Nation+Europa“, „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“, Mitglied des „Witiko-Bundes“ und einst baden-württembergischer NPD-Landtagsabgeordneter), Lektor der Tübinger Verlage Grabert und Hohenrain, sein. Dieser tritt in der Anzeige offiziell nicht in Erscheinung.

Anton Maegerle

Sicherheitslage unverändert ernst

Die Vorstellung des diesjährigen Verfassungsschutzberichts durch Bundesinnenminister Manfred Kanther war ein eher unspektakuläres Unternehmen, obwohl dem an Umfang gewachsenen Rechenschaftsbericht des Kölner Bundesamts für Verfassungsschutz bemerkenswerte Informationen über die Sicherheitslage Deutschlands zu entnehmen sind.

Der Linksextremismus ist - bei leicht gestiegener Mitgliederzahl - (51 000 nach knapp 50 000 im Vorjahr, von der PDS sind die ca. 5000 Anhänger der Kommunistischen Plattform erfaßt) - geprägt durch die gewalttätigen Aktionen, vornehmlich der Autonomen, gegen Kernkraft und den härteren Terrorismus der Antiimperialistischen Zellen (AIZ), während die RAF ihren gewaltfreien Kurs zunächst fortsetzte. Beim Rechtsextremismus steht im Vordergrund die Feststellung, daß die Zahl der organisierten Mitglieder von 64.500 im Jahre 1993 nach 56.600 im Jahre 1994 drastisch um fast ein Fünftel auf 46.100 zurückgegangen ist: das kann aber, wie im folgenden zu zeigen ist, nicht als Entwarnung gelten. Hauptsorge des Innenministers ist die zunehmende Unterstützung, die extremistische Ausländerorganisationen finden, voran wird die PKK genannt. Die Tätigkeit ausländischer Nachrichtendienste hat nach wie vor ihren Schwerpunkt bei der Wirtschafts- und Rüstungsspionage, aber auch bei der Verfolgung von Oppositionellen.

Bei den rechtsextremistischen Parteien, allen voran DVU und „Republikaner“ hat sich der Mitgliederschwund dramatisch fortgesetzt. Die REP verfügen laut Angaben des Verfassungsschutzes noch über 16.000 (1994: 20.000; 1993: 23.300) Mitglieder; der Mitgliederstand der DVU ist auf 15.000 (1994: 20.000; 1993: 26.000) gesunken. Abgenommen haben auch die NPD mit aktuell 4.000 (1994: 4.500; 1993: 5.000) und die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ mit noch 800 Mitgliedern (900 in den Vorjahren). Zurückgegangen ist gleichfalls die Zahl der Neonazis auf 2.480 Personen (1994: 3.740; 1993: 2.450). Ein Anstieg ist allerdings bei den rechtsextremistischen Skinheads zu verzeichnen, deren Potential auf 6.280 (1994: 5.400; 1993: 5.600) gewachsen ist.

Angesichts der lebhaften Diskussion über eine neue Sammlungsbewegung, der sogenannten „Runden Tische“, zeigt sich, daß die Bereitschaft zur Unterstützung des rechten Lagers nicht allein an Mitgliedszahlen zu messen ist. Bei aller möglichen Befriedigung über die sinkende Unterstützung, die ja auch eine Schwächung der Führungspersonen bedeutet, muß die - bei Abnahme der Zahl der organisierten Neonazis - wachsende Zahl der gewaltbereiten, zum Rechtsextremismus gerechneten Personen beunruhigen. Darüber hinaus wird deutlich gemacht, daß durch veränderte, organisationsunabhängige Aktionsformen und den Einsatz neuer Kommunikationsmittel die Schlagkraft der Rechtsextremisten eher gestiegen ist.

Bei den rechtsextremistisch motivierten Straftaten (insgesamt 7.896 gegenüber 7.952 Vorfällen in 1994) fällt der weiter deutliche Rückgang bei den Gewalttaten mit 837 (1994: 1489) Vorkommnissen auf, während die Anzahl der Propandadelikte auf 4.343 (1994: 3.195) angestiegen ist. Insgesamt setzt sich damit der seit 1993 zu verzeichnende Rückgang der nach der Wiedervereinigung dramatisch gestiegenen rechtsextremistischen Kriminalität fort. Noch wie vor besorgniserregend hoch ist der Anteil der antisemitisch (1.155; 1994: 1.366) und fremdenfeindlich motivierten (2.468; 1994: 3.491) Kriminalität, obwohl auch hier die Gewalttaten deutlich zurückgegangen sind.

Was bei dem diesjährigen Bericht auffällt, ist zunächst die - anders als noch im Vorjahr - auf Nationalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit verengte Definition, in der das totalitäre Element zurücktritt. Mehr Raum hätte man sich für die viel zu knapp als Annex dargestellte „Intellectualisierung des Rechtsextremismus“ gewünscht, die sog. „Neue Rechte“. Die zunehmend als Ideologiekern auftretende „Junge Freiheit“ wird dabei nur fast verschämt erwähnt; offenbar will man den Grenzübertretern nicht zu nahe treten. Immerhin wird in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Rezeption der „Konservativen Revolution“ der 20er Jahre hervorgehoben, deren Existenz noch unlängst in einer Parlamentarischen Anfrage geleugnet wurde.

Erstmals zur Kenntnis genommen wird, daß es nicht nur einen internationalen Revisionismus gibt. Ernst Zündel führt nun selbstdritt mit Thies Christophersen und Otto Ernst Remer die „Deutsche(n) Revisionisten“ an. Allzu deutlich werden hier allerdings Prominente, gerade aus dem akademischen Bereich, ausgespart.

Klaus-Henning Rosen

Bewegung im rechtsextremen
Lager:

Der Tanz um die „Republikaner“

Nach den Landtagswahlen von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein wurden in den rechtsextremen Wahlparteien unterschiedliche Resümees gezogen. Vollständige Zufriedenheit konnte nur bei den „Republikanern“ und ihrem Bundesvorsitzenden Dr. Rolf Schlierer (41) herrschen. War doch der Wiedereinzug in den Stuttgarter Landtag in seiner Höhe von 9,1 Prozent ein kaum zu erwartender Erfolg. Damit konnten die REP im Südwesten zumindest einen wichtigen Schritt hin zur Etablierung vollziehen; auch in Rheinland-Pfalz erzielten sie bekanntlich drei Prozent.

Für die zahlreichen „Runden Tische“ in der Bundesrepublik bedeutet das sehr gute Abschneiden der „Republikaner“ einen Rückschlag ihrer Bemühungen. Ohne bzw. gegen die REP ist eine erfolgversprechende Einheit der rechtsextremen Wahlparteien nicht zu erzielen.

Angesichts ihres schlechten Abschneidens bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein mit lediglich 0,2 Prozent der Stimmen kündigte nun die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) ihre Selbstauflösung an. Beim nächsten Bundesparteitag in Hannover soll die DLVH auf eine neue organisatorische Basis gestellt werden. Gedacht wird dabei auch an eine Vereinsgründung. Ausdruck dieser strategischen Überlegung ist auch die Ankündigung der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“, daß der Organisationsleiter der DLVH in Köln, Daniel Schöppe, den „Republikanern“ beitreten will. In einer Presseinformation des Kölner Kreisverbandes der „Deutschen Liga“ heißt es dazu, Schöppe „hat sich nach Rücksprache mit dem Vorsitzenden der Republikaner Mittelrhein, Dr. Jürgen Heydrich, mit voller Rückendeckung der Deutschen Liga bereiterklärt, den Kölner Kreisverband der Republikaner wiederaufzubauen“. Schöppe ist langjähriger Landesjugendbeauftragter der DLVH in Nordrhein-Westfalen und stellvertretender Kreisvorsitzender in Köln. Manfred Rouhs, 30jähriger Kreisvorsitzender der Kölner „Deutschen Liga“ und Herausgeber von „Europa Vorn“, begrüßt diesen Schritt ausdrück-

lich. Ziel sei es nun, eine Öffnung der REP zu nutzen.

„Wie Harald Neubauer“, so Rouhs in einer Erklärung der DLVH, „auf dem Runden Tisch in Ludwigshafen deutlich herausgestellt hat, ist die Bündelung aller seriösen Patrioten unter dem Dach der Republikaner“ ein durchaus denkbare Modell. Dies würde an der ursprünglichen Intention des Eisenacher Signals anknüpfen.“ Rouhs persönlich sei es egal, „unter welchem Namen sich die nach vorn orientierten Rechte durchsetzt.“

Bei dem von Rouhs angesprochenen „Runden Tisch“ in Ludwigshafen (vgl. BNR 9/96) trafen sich am 13. April nach Eigenangabe rund 180 Personen aus dem gesamten rechtsextremen Lager. Von der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ waren neben dem Bundessprecher Harald Neubauer als Referenten, der rheinland-pfälzische Landesvorsitzende Bernhard Weichel, Ludwigshafen, und der Kreisvorsitzende von Ludwigshafen, Frank Nowak, anwesend. Das REP-Mitglied Leo Thenn aus Büchenbronn bei Pforzheim, er leitete 1992 den ersten erfolgreichen REP-Wahlkampf in Baden-Württemberg, stellte sein „Pforzheimer Modell“ vor. Bei der Kommunalwahl im Oktober 1989 erzielten die REP in der Goldstadt Pforzheim rund zehn Prozent. Ziel des Strategiepapiers von Thenn, der erst vor wenigen Tagen die REP verlassen mußte, ist die Schaffung eines Dachverbandes der „Vereinigten Rechten“ unter Einbeziehung von Manfred Brunners „Bund Freier Bürger - Die Freiheitlichen“, der DLVH, der DVU, Joachim Siegerists „Die Deutschen Konservativen“, den REP unter Schlierer und der NPD.

Sönke Braasch

HINWEIS:

Stuttgart - Die SPD-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg hat eine neue Broschüre gegen Rechtsextremismus herausgebracht. Enthalten sind darin Fakten und Analysen zur Bedrohung der Demokratie durch die sogenannte Neue Rechte. Das jetzt vorliegende Heft knüpft an die erfolgreiche Dokumentation aus dem Jahre 1994 „Rechtsextremisten im Parlament“ an.

Bestelladresse: SPD-Landtagsfraktion, Martin Mendler, Haus der Abgeordneten, Konrad-Adenauer-Str. 12, 70173 Stuttgart. Schutzgebühr DM 2,50 plus DM 1,50 Porto (in Briefmarken).

Antisemitische Propaganda einer Sekte:

Unselige Botschaften

Gegen die antisemitischen Machwerke des Autors Jan van Helsing hat das Mannheimer Amtsgericht eine für die gesamte Bundesrepublik geltende Beschlagnahmeverfügung erwirkt. Der obskuren Sekte „Universale Kirche“ gelten van Helsings „Geheimgesellschaften“ hingegen als „weltliche Bibel“.

Der bayrische Landesvorstand der Grünen hat seinen Parteifunktionär im bayrischen Peiting, Ulrich Heerd (einst Mitglied der „Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxismus - Leninismus >KPD/ML<“), zugleich Inhaber des Michaels-Verlages und Mitinhaber des Hermetika-Verlages, aufgefordert, alle politischen Ämter innerhalb der Grünen Partei und alle öffentlichen Mandate zurückzugeben. Heerd war bis in die jüngste Zeit der bedeutendste bundesweite Vertreiber der antisemitischen und verschwörungstheoretischen Bücher „Geheimgesellschaften“ des Autors Jan van Helsing - eines Pseudonyms aus der Dracula-Literatur (siehe BNR 10/1996). Mit „pseudowissenschaftlichen Belegen und unter dem Deckmantel der Esoterik“, so das Magazin FOCUS, verbreitet „Helsing“ übelste „antisemitische Propaganda“. Das Amtsgericht Mannheim hat mittlerweile eine allgemeine Beschlagnahmeverfügung gegen die beiden Helsing-Bände erwirkt, die für die ganze Bundesrepublik gilt. Darauf fanden beim Ewert-Verlag und beim Michaels-Verlag Hausdurchsuchungen statt. Immer noch unbehelligt von den zuständigen Behörden werden dagegen die Machwerke von Helsings in Österreich (Vertrieb über „Amadeus“ in Friedburg) an den Mann/die Frau gebracht. Ebenso soll der bundesdeutsche Ewert-Verlag, der auch eine Niederlassung auf Gran Canaria hat, das Buch von Spanien aus liefern. Textauszüge aus Helsings Machwerken kursieren dank des Berliners „Norbert Marzahn“ (alias „Merlin“) weiterhin auch im INTERNET.

Die „Geheimgesellschaften“ gelten, so der Schweizer Rechtsextremismus-Experte Jürg Frischknecht, bei der antisemitischen „Universalen Kirche“ (UK) als „weltliche Bibel“. Die 1981 ins Leben gerufene theosophische Sekte (tritt im

deutsch-sprachigen Raum auch unter den Bezeichnungen „Das Fundament für Höheres Geistiges Lernen - die Bruderschaft der Menschheit“ bzw. „Äußere Bruderschaft der Großen Weißen Loge“ auf) zählt in Europa rund 1.000 Mitglieder, weltweit gegen 2.000 Mitglieder. Nach Eigenangaben sehen sich die Sektierer als „legitime Nachfolger“ der „Neuzeitkirche des Christus“ (1979-80), der „Brücke zur Freiheit“ (1952-1979), der „I AM Aktivität“ (1929-1939) und der „Theosophischen Gesellschaft“ (1875-1891). Eigen sind ihnen ein ausgeprägtes Freund-Feind-Denken, ein resolut vorgebrachter Absolutheitsanspruch, der Glaube an Verschwörungstheorien und extremer Antisemitismus. Kritiker werden von der UK kurzerhand als jüdisch erklärt.

Als Richard Wagners Frau

Gründer, Präsident, Orakel und Repräsentant ist der gebürtige Brite Peter W. Leach-Lewis (PLL; geb. am 18. März 1938). PLL, der seine Brötchen vor der Guru-Zeit als berittener Polizist in Zimbabwe und zeitweilig als Sargverkäufer verdienen mußte, leitet vom US-amerikanischen Centreville in Virginia aus die „Universale Kirche“. Rundbriefe an seine Gläubigerschar schließt er u.a. mit dem Hinweis: „Sende deine Briefe an die Meister, deine Heilungsfürbitten und deine Liebesgaben in Form finanzieller Unterstützung nach Centreville“. Nach eigener Darstellung war PLL schon mehrfach auf der Erde; u.a. als Jakobus (Bruder von Jesus), das letzte Mal als Frau des antisemitischen Komponisten Richard Wagner. Verheiratet ist der Guru mit der Schweizerin Rita Vitelli.

Der europäische Hauptsitz der „Universalen Kirche“ befindet sich seit 1990 im schweizerischen Lachen/Walzenhausen. Von hier aus verschickt Reimer Peters, Geschäftsführer des UK-Europasitzes, regelmäßig ins deutsche übersetzte Wahnvisionen, gespickt mit antisemitischen und weltverschwörerischen Inhalten von PLL. In einem Rundbrief vom 1. Juli 1995 wurde ein „bekannter polnischer Priester“ zitiert, der folgendes gesagt haben soll: „>Wegen ihrer satanischen Gier zettelten die Juden den 2. Weltkrieg an, genauso wie sie für den Beginn des Kommunismus verantwortlich waren<“ UK-Kommentar: „Es ist vollkommen wahr. Dieser gesegnete Kirchenmann sprach die absolute Wahrheit! Es war Baron Rothschild, der Adolf Hitlers fehlgeschlagenes neues arisches >Drittes Reich< finanzierte, und es war die jüdische Gemeinde, die unter der immensen Macht des

russischen Zaren litt und 1917 einen gewissen Wladimir Iljitsch Ulianow Lenin unterstützte, in der Hoffnung, daß er seine Macht mit ihnen teilen würde.“

Diese Zeilen riefen den zuständigen Staatsanwalt (Kanton Appenzell Ausserrhoden) wegen Verletzung des Antirassismusgesetzes auf den Plan, Anklage wegen Rassendiskriminierung wurde erhoben und bei Peters im November eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Seit diesen Tagen steht die antisemitische Sekte, deren schweizerische Niederlassung von Christoph Greiner (kandidierte 1992 in Brienz für die SVP bei einer Urnenwahl) geführt wird, im Blickpunkt einer kritischen Öffentlichkeit in der Schweiz.

Weitgehend unbekannt ist in der Bundesrepublik (Holzgerlingen; Monika Zell) und in Österreich (Matrei i.T.; Horst Volz), daß die Sekte auch hier Dependancen unterhält. Der zuständige Europachef, Gundolf Wiedenbruch, residierte im nordrhein-westfälischen Menden.

Wider den Antichrist

Die Sektenmitglieder halten die extrem antisemitischen Auslassungen ihres Gurus für die absolute Weisheit. In übelster „Stürmer“-Manier bezeichnet dieser Juden als „Krebs im Körper der Menschheit“. 1994 schrieb PLL: „Wir leben in einer Welt der Unordnung, die einzig vom Geld bewegt wird, gelenkt durch das, was täglich geschieht auf den >Aktionsbörsen<, durch die trilaterale Kommission angeordnet. (...) Wir leben in einer Welt, in der die Protokolle von Zion im Geheimen alles, was Du und ich für gut halten und ganz und wahr, an sich reißen und pervertieren! Wir leben in einer anti-christlichen Welt, in der jene, die ‘gerettet’ wurden, die Demut und Liebe des Christus im Inneren durch die Selbstgerechtigkeit des Anti-Christus ersetzen. Wir leben in einer anti-christlichen Welt, in der der arrogante Jude und die arrogante Jüdin der alten Tage immer noch sich selbst als einer von Gottes einer und einziger ‘ausgewählter’ Rasse betrachtet. Haben wir eine Überraschung für sie beide und für die selbstzufriedenen Christen!“

Ganz im Stile seines Meisters setzt auch der Hardcore-Verschwörungstheoretiker Hans Ulrich Hertel, seines Zeichens europäischer Präsident des Weltfundaments für Naturwissenschaften“, einer UK-Unterorganisation, seine abstrusen Thesen in die

Welt: „So tragisch die Ereignisse in den Konzentrationslagern waren - die Mikrowellengefahr ist viel größer. Größer als alles, was im Krieg passiert ist.“

„Aufklärende Absichten“

Ideologisches Wirrzeug liefert den UK-Jüngern neben PLL die esoterische Vierteljahresschrift „ZeitenSchrift“ (Auflage: ca. 10.000 Exemplare), die seit Herbst 1993 von Ursula und Benjamin Seiler verlegt wird. Auch hier finden sich antisemitische Töne; im Heft 10/96 schreibt Benjamin Seiler in seinem Beitrag „Die wahren Führer dieser Welt“: „50 Jahre nach dem Holocaust zeigt eine Bestandsaufnahme des Judentums, daß weltweit kein anderes Volk auch nur annähernd über so viel Macht und Einfluß verfügt.“ Seine Ehefrau Ursula, die schon in den 80er Jahren UK-Mitglied war, in der gleichen Ausgabe: „Zum ersten Mal, seit es die ZeitenSchrift gibt, sahen wir uns gezwungen, Texte von einem Anwalt lesen zu lassen, bevor wir sie dem Drucker übergaben. Obwohl ausschließlich aufklärende Absichten hinter diesen verschiedenen Artikeln zum Thema Judentum stehen, läuft heute jeder Mensch, der sich zu den Juden äußert, Gefahr, mit dem Bannstrahl des Wortes >Antisemit< gestraft zu werden“.

Belegbar ist, so der Schweizer Journalist Frischknecht, daß PLL dem Paar Seiler, das Medienvertretern gegenüber Kontakte zur UK verneint, am 23. Juli 1993 beim UK-Jahreskongreß im kanadischen Toronto vor versammelter Gemeinde seinen Segen für „ZeitenSchriften“ gab.

Seminare und Kongresse (u.a.: „intensive Grund-Lehrgänge auf dem Fundament der Lehren der Aufgestiegenen Meister der Großen Weißen Bruderschaft und der Geistigen Hierarchie“) werden für UK-Mitglieder auch im deutschsprachigen Raum angeboten. Anzutreffen sind hierbei auch Referenten aus der Bundesrepublik; so z.B.: Marianne Wälter („Wie kann der Handel zu einer Gesundung der Landwirtschaft beitragen“), Umweltbeauftragte der Firma Bremke und Hoerster, Prof. Dr. Dietmar Schröder, Universität Trier („Das politische Fundament eines vereinigten Europas“ sowie die Ärzte Ulrike Kohrs-Gerlach (Esslingen) / Ryke Geerd Hamer (Köln) und der Heilpraktiker Joachim F. Grätz.

Der nächste internationale UK-Kongreß findet vom 10. bis 13. Oktober in Lindau/Bodensee statt; Thema: „Neuer Wissenschaftlicher Ausblick“.

Anton Maegerle

Rechtsorientierung der FDP:

Der nationalliberale Stammtisch

Durch die Herausbildung einer Gruppe um den ehemaligen Generalbundesanwalt Alexander von Stahl verfügt die FDP wieder über einen dezidiert rechten, sich nationalliberal verstehenden Flügel. Er strebt offenbar eine Neupositionierung der Liberalen im Parteienspektrum der Bundesrepublik Deutschland an und will die FDP rechts von den Unionsparteien verorten. In den Medien wurde und wird mit dramatisierendem Unterton vor einer „Haiderisierung“ gewarnt, womit einerseits der parteiinterne Einfluß der von Stahl-Gruppe überschätzt, und andererseits ignoriert wird, daß eine „Haiderisierung“ ohne einen „Haider“ nur schwerlich möglich ist. Worin die von den Nationalliberalen beabsichtigte politische Verschiebung der FDP bestehen soll, blieb bislang eher diffus. Die veröffentlichten Positionspapiere beschworen ein schärferes Vorgehen im Bereich der Inneren Sicherheit, konnten aber außer ein paar Machtworten wenig an programmatischer Klarheit vermitteln.

Um so interessierter greift man zu einem „Für die Freiheit“ (Ullstein-Verlag, Berlin 1996) betitelten Sammelband, herausgegeben von zwei wichtigen Protagonisten der Nationalliberalen, dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der hessischen FDP Heiner Kappel und eben jenem Alexander von Stahl. Das Buch soll, so die Warnung beider im Vorwort, nicht als Manifest oder Programm irgendeiner Richtung gelten. Zwar können in der Tat nicht alle Autoren dem nationalliberalen Flügel zugeordnet werden, das angekündigte breite geistig-politische Spektrum kommt darin aber auch nicht zu Wort. Mehrheitlich sind es Autoren, die den nationalliberalen Positionen nahe stehen. Darüber hinaus findet man Beiträge aus wirtschaftsliberaler Sicht, die sich mit sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen beschäftigen. Sie haben wohl mehr bündnispolitische Bedeutung, suggerieren sie doch offensichtlich einen liberalen Pluralismus, der so in dem Band gar nicht besteht.

Ausgangspunkt der Herausgeber und vieler Autoren ist eine angebliche Gefährdung der Freiheit, die im ökonomischen Bereich durch ständig zunehmende Staatseingriffe in die Marktwirtschaft

und im geistigen Bereich durch Denkverbote und Tabus gegeben sei. Letztere stünden im Zeichen der „political correctness“ und dienten zur Ausgrenzung und Stigmatisierung von Andersdenkenden, vor allem bei der Diskussion über bestimmte Themen wie Ausländerkriminalität, Frauenpolitik und NS-Vergangenheit. Liberale verteidigen, so Kappel und von Stahl in der Einleitung, demgegenüber „die Freiheit gegen jedwede Form des Egalitarismus. Als Liberale achten wir die Verschiedenartigkeit der Völker und Nationen und wenden uns gerade deshalb gegen jene Kräfte, die die gewachsenen Nationalstaaten in Europa beseitigen und einen von ausufernder Bürokratie geprägten und gegängelten europäischen Einheitsstaat schaffen wollen“ (S. 8).

„Priesterherrschaft der Intellektuellen“

In den folgenden Beiträgen erhebt sich daraufhin zum einen ein Wehklagen gegen den Druck der „political correctness“ und die Folgen der Denkverbote, andererseits schlägt man sich ständig selbst auf die Schulter, sehen sich doch viele Autoren als mutige Nonkonformisten und Tabubrecher.

Häufig kommt man aber nicht über das Niveau eines nationalliberalen Stammtisches hinaus. Zur Illustration einfach ein paar Zitate: Andreas K. Winterberger: „Meist versteckt sich hinter der sozialistischen Konzeption der ‘sozialen Gerechtigkeit’ purer Neid gegenüber dem wirtschaftlichen Erfolg und dem Reichtum Privater“ (S. 20). Christoph Zeitler: „Die Illusion von der ‘Machbarkeit’ und ‘Planbarkeit’ des Glücks lebt in den westlichen Wohlfahrtsstaaten fort, die eine Fortsetzung des Sozialismus mit besseren Mitteln darstellen“ (S. 25). Erwin K. Scheuch: „Der Zeugungsakt für den Sozialismus (und somit auch die Initialzündung für den totalen Staat und für die Versklavung der Menschen) finden in dem Augenblick statt, in dem der so harmlos scheinende Wunsch und die humanitär so selbstverständlich anmutende Vorstellung aufkommt, der Staat oder die Regierung möge denen, die sich nicht selber helfen können, Mittel zur Existenzsicherung gewähren“ (S. 103). Gunnar Sohn: „Die Ökologiefrage ist Vehikel eines linken Gesellschaftsprogramms, in dem der Umweltschutz an die Stelle der sozialen Frage getreten ist“ (S. 194f.); „Die Priesterherrschaft der Intellektuellen treibt immer mehr deutsche Unternehmen ins Ausland“ (S. 204). Felix Stern: „Konsequent zu Ende gedacht, würden die Argumente der Quotenanhänger zu einem Stände-

staat führen, der mit den Prinzipien einer repräsentativen Demokratie nichts mehr gemein hat“ (S. 212).

Nation contra Individuum

Kaum einer der Beiträge lohnt einer inhaltlichen Beschäftigung wirklich. Eine Ausnahme mag hier von Stahls Versuch sein, mit historischen Rekursen das Verhältnis von Liberalismus und Nation zu bestimmen. Für ihn gehören Freiheit der Nation und Freiheit des Individuums untrennbar zusammen. Dies mag im Grunde genommen so sein, allerdings stellt sich immer wieder die Frage, wo das Primat zu sehen ist. Kann oder soll zugunsten der Nation die Freiheit des Individuums zur Disposition gestellt werden? Deutsche Liberale haben vor den sechziger Jahren diese Jahrhunderts häufig genug der (nationalen) Einheit vor der (liberalen) Freiheit den Vorzug gegeben und dabei direkt oder indirekt bedenkliche politische Entwicklungen mitgetragen - von der Bismarck-Zeit bis zur Weimarer Republik. Eine solche Tradition sollte ein nationalliberales Verständnis heute selbstkritischer problematisieren. Bedenklich sind aber auch jene Stimmen die vor dem Hintergrund offensichtlicher Finanzierungsschwierigkeiten und anderer Probleme nicht nur von einem Um-, sondern von einem Abbau des Sozialstaats reden. Es muß hier daran erinnert werden, daß neben dem Rechtsstaatsprinzip auch das Sozialstaatsprinzip ein tragender Pfeiler des gesellschaftlichen Zusammenhalts der Bundesrepublik Deutschland ist. Man stelle sich vor, es würde angesichts verschiedener Probleme der Inneren Sicherheit auch vom Abbau des Rechtsstaates gesprochen. Hier ignoriert man in selbstgefälligem Unterton des angeblichen Tabubrechers, daß das sozialstaatliche Netz einen wichtigen Faktor für den gesellschaftlichen Zusammenhalt darstellt. Es spricht wohl für sich, wenn die Betonung der sozialstaatlichen Notwendigkeit von einigen Autoren nicht nur unter Sozialismus-, sondern sogar unter Totalitarismusverdacht gestellt wird.

Armin Pfahl-Traugber

Sonnwendfeier

Hetendorf/Nieders. – Bereits zum 6. Mal findet jetzt die von Rechtsextremisten aller Couleur ausgerichtete „Hetendorfer Tagungswoche“ statt. Die Veranstaltung (15. - 23. Juni) wird gemeinsam gestaltet von: „Artgemeinschaft“, „Germanische Glaubens-Gemeinschaft e.V.“, „Familienwerk e.V.“, „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V.“, „Heide-Heim e.V.“, „Heinrich-Anacker-Kreis e.V.“, „Nordischer Ring e.V.“ und „Northern League“. Maßgeblicher Organisator des Treffens ist der einschlägig bekannte Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger. Als Referenten sind neben Rieger angekündigt: Wolfgang Juchem (Kopf der „Aktion Freies Deutschland“), Helmut Schröcke (Vorstandsmitglied des bayrischen „Witiko-Bundes“), Heinrich Piebrock (Referent beim „Nationaldemokratischen Hochschulbund“ und beim „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes“), Gerhard Seifert (Mitglied des „Freundeskreises der Artamanen“), Walter Drees (Mitglied der „Deutschen Gildenschaft“ und Pressebeauftragter der „Gesellschaft für Europäische Urgemeinschaftskunde e.V.“), Werner Koch (Autor im neuheidnischen „Der Jahreskreis“), Karlheinz Baumgartl (Referent bei der „Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stammesverbände“ und bei der „Österreichischen Körperschaft der Staatsbürger ohne religiöses Bekenntnis“) und Hermann Thiele (Funktionär der „Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft“ und Referent bei der „Gesellschaft für freie Publizistik“).

Für nationale Musik sorgen der brauen Liederbarde Frank Rennie sowie die „deutsche Volksliedersängerin“, Swantje Swanhvit, der weibliche Rennie-Abklatsch. Einer der Höhepunkte der Veranstaltung ist die Sonnwendfeier („Begrüßung der aufgehenden Sonne mit Gesang und Tanz“). Integriert in die „Hetendorfer Tagungswoche“ finden Mitgliederversammlungen der eingeladenen Vereine und Organisationen (Ausnahme: „Northern League“) statt.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Vorwärts Verlag GmbH
Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon (0228) 95113-0, Fax 95113-16

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstr. 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 9510416, Fax 314523

Satz und Lithos:
DAVIS BONN GmbH

Druck:
Braunschweig-Druck GmbH

Erscheint 14tägig, Bezug nur Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten

ZEITSCHRIFTENSCHAU

Rechtsextremistische Periodika in 1996

Berücksichtigt wurden „Nation+Europa“ 6/96, „Deutsche National-Zeitung“ 20-23/96 und „Junge Freiheit“ 21-23/96:

„Nation+Europa“ (NE) – 46. Jg. - 6/96;
Die Schreckensvision der One-World zielt gleich die Titelseite. Karl Richter faßt in seinem Leitartikel nach und erläutert, was das nach seiner Leseart heißt: nämlich Anpassung von gewachsenen Industrie- und Kulturregionen wie die Weltinsel Europa an das „niedrigste geistige Niveau“ von philippinischen oder lateinamerikanischen Habenichtsen. Selbstredend habe hier insbesondere Deutschland noch mehr zu verlieren als andere. Mehrere Beiträge versuchen sich an wirtschaftspolitischen Themen. Ein Fazit wird gezogen: An der Krise der deutschen Bauwirtschaft sind natürlich die ausländischen Arbeitnehmer schuld. Dauer-NE-Autor Franz Schönhuber gibt denn auch seine Rezepte zum wirtschaftlichen Wiederaufschwung preis. Für Schönhuber heißt es Sparen: weg mit dem Verfassungsschutz, weg mit der Ausländerbeauftragten, Einstellungen aller Zahlungen im Zusammenhang mit der NS-Zeit und dem Zweiten Weltkrieg. Die „feministische Weltsicht“ unserer Gesellschaft ist einer NE-Schreiberin ein Greuel; von den Medien würde unterschlagen, daß Frauen keineswegs nur Opfer von Gewalt- und Sexualtättern seien, sondern häufig selbst Täter und die Männer Opfer. Wolfgang Strauss hält in einem weiteren Aufsatz an der Präventivschlagthese - Stalin provozierte den Zweiten Weltkrieg - fest; Literaturhinweise hierbei einschlägig. Um den Begriff Revisionismus geht es in einer Abrechnung mit einer Broschüre des bayerischen Verfassungsschutzes. Empört wird festgestellt, daß sich „Revisionismus im engeren Sinne“ zu einer Leugnung des Holocaust verkürzt habe.

„Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) – 25. Jg.;
Am Fall des französischen Priesters Abbé Pierre versucht die DNZ darzulegen, wie gnadenlos Andersdenkende von der „jüdischen Prominenz“ verfolgt werden. Für Deutschland wird anhand der Verurteilungen der Revisionisten Rudolf und Walendy die mangelnde Meinungsfreiheit für Holocaust-Leugner beklagt (22/96). Selbstredend betrachtet sich die DNZ als Anwältin für den wegen seiner revisionistischen Lehrinhalte unter Beschuß geratenen Mün-

chner Universitätsdozenten Erwin Adler (21,22 u. 23/96). Zum Thema Bosnien-Flüchtlinge werden wieder einmal die horrenden Kosten versus Sozialabbau im Lande verrechnet, viele der Flüchtlinge seien Sinti und Roma, ein Großteil davon für die DNZ schlichtweg „Kriminelle“ (21/96). Passenderweise folgt ein Beitrag über angeblich ausufernde Ausländerkriminalität (22/96).

„Junge Freiheit“ (JF) – 11. Jg.;

In einem Leitartikel zur Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum sog. Asylkompromiß beschwört Manfred Ritter, Autor des Machwerkes „Sturm auf Europa“ die Gefahr einer drohenden Masseninvasion von Flüchtlingen aus der Dritten Welt in die Festung Europa (21/96). Voll Lobpreisung ist eine Rezension zu den „Visionen“ des Rechtsextremisten Karl Richter über Richard Wagner. Unter der Headline „Geschichtsbewältigung als Freizeiterlebnis“ stehen die Eindrücke des „Criticon“-Autors Josef Schußlburner, der das Bonner Haus der Geschichte aufsuchte (21/96). Mit dem Abdruck von Reportagen von Bundeswehrangehörigen versucht die JF offensichtlich, eine neue Zielgruppe auszumachen (21/96). Horst Übelacker, stellvertretender Vorsitzender des revanchistischen „Witikobundes“ und Ex-„Republikaner“, setzt sich für die rückhaltlose Entschädigung der Sudetendeutschen ein (22/96). Den Fall des Münchner Politologie-Dozenten Erwin Adler, der jetzt von seinem Lehrauftrag, mittels dessen er den Studierenden sein revisionistisches Weltbild zum Besten geben konnte, entbunden wurde, wertet die JF als Angriff auf die „Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit“ (22/96). Sozialhilfeforderungen an in der Bundesrepublik lebende Ausländer - nach JF-Meinung ohnehin falsch - werden nicht mit der Gesetzeslage sondern der „besonderen deutschen Vergangenheit“ in Zusammenhang gebracht (22/96). Schußlburner ist offensichtlich in die falsche Ausstellung geraten, nämlich über „1000 Jahre Kunst des tibetischen Buddhismus“. Er räsoniert schon zwanghaft anmutend über Zusammenhänge zwischen der Realität im heutigen Tibet und der mangelnden deutschen Identität bei der Linken, stellt dabei Sprachverwirrung fest, „sie sagt Tibet, auch wenn sie Deutschland meint“ und schlußfolgert, „deutscher Internationalismus ist ... Fremdnationalismus“ (23/96). Ex-Generalmajor und Hardliner Gerd Schultze-Rhonhof steht als JF-Interviewpartner über Bundeswehrangelegenheiten gerne zur Verfügung. Mit Wohlwollen wird über die Frühjahrstagung und das 15jährige Jubiläum der geschichtsrevisionistischen „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“ berichtet (23/96).

BÜCHERSCHAU

**Verharmlosung
statt Aufklärung**

Der internationale Psycho-Konzern Scientology ist in Bedrängnis geraten. Die sich gern als Kirche darstellende Organisation soll vom Verfassungsschutz überwacht werden, das fordern Kritiker und einige Länder-Innenminister. Aussteiger und Bürgerinitiativen klären die Bevölkerung auf.

Dies versuchen auch Angelika Christ und Steven Goldner mit ihrem Buch „Scientology im Management“. Der Verlag behauptet, die beiden seien „langjährige Kenner der Scientology-Szene“. „Aufklärung statt Panikmache“ haben sich die Autoren nach eigenen Aussagen auf die Fahnen geschrieben. Doch um Aufklärung betreiben zu können, sollte man wissen, über was man redet bzw. schreibt. Dies ist bei Christ/Goldner augenscheinlich nicht der Fall. Beispiele: Der „Kommunikationskurs“ ist kein „Einstiegsprogramm für Manager“, wie es die Autoren behaupten, sondern einer der ersten Kurse, der einen Kunden der Organisation angeboten wird. „Preclear“ (PC) ist keineswegs die „Vorstufe zum scientologischen Himmel“, sondern jeder Mensch, der bei Scientology als Kunde

ins Programm einsteigt. Ein „Patron“ wird man bei Scientology erst ab einer „Spende“ von 40.000 US-Dollar. Das Geld geht an die „International Association of Scientologists“ (IAS), die aus der so gefüllten „Kriegskasse“ Kampagnen gegen Scientology-Kritiker finanziert. Der scientologische Unternehmerverband „WISE“ hat mit dem „Patron“-Status nichts zu tun. Die Liste der Fehler und Falschinformationen, die dieses Werk der angeblichen Szene-Kenner enthält, ließe sich beliebig fortsetzen. Falsche Bezeichnungen, veraltete Informationen, fragwürdige Einschätzungen und Fehlerinterpretationen zeichnen dieses Buch aus.

Das Buch „Scientology im Management“ ist so ziemlich das schlechteste, was in den letzten Jahren zum Thema erschienen ist. In den Buchhandlungen gibt es reichlich Literatur über Geschichte, Hintergründe, Tätigkeit, Ziele und Arbeitsweise der Organisation. Wer sich kompetent über Scientology informieren will, findet dort - für weit weniger Geld - genügend Fakten und Tatsachen, die zutreffend sind, als das, was die Autoren auf mehr als 300 Seiten ausgebreitet haben.

Angelika Christ/Steven Goldner - Scientology im Management; Düsseldorf 1996 (Econ)

Klaus-Peter ülcYbala

**Europa gegen
Rassismus**

von Siegfried Vergin, MdB

Zum „Europäischen Jahr gegen Rassismus“ erklärte der Sprecher der Projektgruppe „Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt“ der SPD-Bundestagsfraktion, Siegfried Vergin:

Wir sind auf dem richtigen Weg: der Innenausschuß des Deutschen Bundestages und das Europäische Parlament haben den Vorschlag der Europäischen Kommission, 1997 zum „Europäischen Jahr gegen Rassismus zu erklären, zustimmend zur Kenntnis genommen.

Auf dem Hintergrund fremdenfeindlicher Gewalt, alltäglicher Diskriminierung in allen europäischen Ländern ist es nötig, ein solches Zeichen zu setzen.

Damit soll ein spezifisch europäischer Beitrag zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus entwickelt und gefördert werden.

Die Verwirklichung der Idee, 1997 zum europäischen Jahr gegen Rassismus zu erklären, ist ein Signal dafür, daß die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Gemeinschaft immer wieder für das Problem, die Ursachen und Maßnahmen zur Bekämpfung zu sensibilisieren sind.

Europaweite Informationskampagnen, Wettbewerbe, Ausstellungen sind wichtige Mittel, um darauf hinzuweisen, daß man trotz der nationalen Hauptverantwortung auch transnational aktiv sein muß: die Rechtsextremisten agieren schon längst international.

Die Bundesregierung, Länder, Kommunen und alle gesellschaftlichen Gruppen sind nun aufgefordert, in der Vorbereitung auf ein „Europäisches Jahr gegen Rassismus“ aktiv zu werden.

BÜCHERSCHAU

10 Jahre Historikerstreit:

Auch ein Jubiläum

An 6. Juni 1996, vor ziemlich genau zehn Jahren also, veröffentlichte die Frankfurter Allgemeine Zeitung unter dem Titel „Vergangenheit, die nicht vergehen will“, eine für das Pomerberg-Gespräch vorgesehene „Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte“. Der Autor Ernst Nolte, Jahrgang 1923, Professor für Neuere Geschichte an der FU Berlin, beklagte darin, es sei etwas „ganz Exeptionelles“, wenn - anders als beim „normalen Vergehen der Vergangenheit“ - die nationalsozialistische „immer noch lebendiger und kraftvoller zu werden“ scheine. Anstatt diese Vergangenheit nun endlich den Historikern zu überlassen, entwickle sie sich weniger zum Vorbild, denn zum Schreckbild. In Frageform sorgte er sich, Interessen seien bei dem Nichtvergehen der Vergangenheit im Spiel, etwa die der neuen Generation im uralten Kampf gegen die Väter oder auch „der Verfolgten ... an einem permanenten Status des ... Privilegiertenseins“. Nolte riet dazu, „die Schwarz-weiß-Bilder der kämpfenden Zeitgenossen ... einer Revision“ zu unterziehen. Diese Revision, gab er zu bedenken, könne möglicherweise aber aus der Sorge nicht gewollt sein, Hitler werde dadurch gerechtfertigt, die Deutschen würden exkulpiert. Den Revisionisten gab er den Hinweis auf den Weg, es sei „ein auffallender Mangel der Literatur über den Nationalsozialismus“, daß - „mit alleiniger Ausnahme des technischen Vorgangs der Vergasung“ - , was die Nazis taten, bereits in den frühen 20er Jahren von den Bolschewisten praktiziert worden sei. Und - wiederum in Frageform - hielt er die These für zulässig: „... vollbrachte Hitler eine >asiatische< Tat vielleicht nur deshalb, weil (er) sich ... als potentiell oder faktisches Opfer einer >asiatischen< Tat betrachte?“

Damit war das Stichwort für die fälschlich „Historikerstreit“ genannte Operation gegeben, mit deren Hilfe der Politik scheinbar wis-

senschaftliche Argumente für den Schlußstrich geliefert werden sollte. Nolte wurde damit - zu Unrecht, wie Michael Schneider in einer hilfreichen von der Friedrich-Ebert-Stiftung vorgelegten Sammelrezension feststellt - in eine Reihe mit anderen Historikern, etwa Hildebrand, Hillgruber oder Stürmer gestellt. Schneider ging es in seiner Arbeit um eine Überprüfung der Folgewirkung des sog. Historikerstreits, dessen wissenschaftlicher Ertrag „recht gering“ sei, auf Bemühungen zur Revision des Geschichtsbildes vom Nationalsozialismus, in Sonderheit im Lichte der Wiederbelebung des nationalen Gedankens in der Folge der deutschen Vereinigung.

Nolte hatte - wohl ermutigt durch das lebhafte Echo auf seine Veröffentlichung - in seinen folgenden Publikationen, zunächst in „Der europäische Bürgerkrieg“ (1987), dann in der Antwort an seine Kritiker (1988) - den Zusammenhang zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus, den er anfangs noch in Frageform gekleidet hatte, schrittweise als gesicherte Erkenntnis ausgegeben. In einigen Fragen, etwa zum deutschen Angriff auf die Sowjetunion oder zur Entwicklung der (in Nachbildung des >Ewigen Juden<?) >Ewigen Linken< genannten sozialistischen Idee, zu den Ursachen des Antisemitismus, geht er in einer , so Schneider, „befremdliche(n) Mischung aus knappen Bekundungen kritischer Distanz und wortreichen Überlegungen verständnisvollen Nachvollzugs nationalsozialistischer Grundüberzeugungen“ weiter. Schneider stellt dar, wie neben der These vom kausalen Nexus des NS mit dem Bolschewismus einige von Nolte aufgeworfene Fragestellungen etwa nach dem Verhältnis des NS zur Moderne, zum Verhältnis NSDAP und KPD in der Weimarer Zeit mit dem Anspruch auf „Historisierung“ aufgegriffen und fortgeführt wurden. Anders als bei Beginn des Historikerstreits gebe es jetzt einen Forschungs- und Publikationszusammenhang, der sich zum Teil ausdrücklich auf Nolte als „Ziehvater“ der >jungen Revisionisten< berufe. Historiker wie Backes, Hornung, Jesse, Weißmann, Zitelmann setzten die Historisierungsdebatte mit dem Ziel fort, von der „Rehabilitierung des National-Konservatismus zur Formierung der >Neuen Rechten<“

zu kommen. Das sei mit dem Versuch verbunden, „bestimmte Strömungen der politischen Kultur, wie sie sich in der alten Bundesrepublik Deutschland seit den 1950er, beschleunigt in den 1970er Jahren herausgebildet“ hatten, zurückzudrängen, um so zu einer neuen nationalstaatlichen Kontinuität zu gelangen. Ansatzpunkt ist dabei die Wiedervereinigung, die als Endpunkt eines Sonderweges der deutschen Geschichte gesehen wird. Schneider warnt vor der Einschätzung, die Tendenzen zur Relativierung des Nationalsozialismus

unterzubewerten. Ihre Bedeutung liege vielmehr in dem Bestreben zur Veränderung der politischen Kultur der 1990er Jahre.

Michael Schneider. Volkspädagogik von rechts. Ernst Nolte - die Bemühungen um die >Historisierung des Nationalsozialismus und die selbstbewußte Nation<. Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1995 (Sonderdruck aus Archiv für Sozialgeschichte Bd. XXXV; wird kostenlos abgegeben).

Klaus-Henning Rosen

Tagebuch

Au am Rhein/Stuttgart - Rüdiger Helfer, bislang REP-Fraktionsgeschäftsführer im Landtag und stellvertretender REP-Landesvorsitzender, wird neuer hauptamtlicher Landesgeschäftsführer seiner 2.000 Mitglieder zählenden Partei in Baden-Württemberg. Er trat sein Amt am 1. Juni an. Der Wechsel Helfers in die Führung der Landespartei wird als eine der ersten personellen Auswirkungen der vom REP-Führer Rolf Schlierer initiierten Parteireform gewertet. Der 38jährige aus Au am Rhein möchte nach eigener Aussage die Öffentlichkeitsarbeit im Lande verstärken. Nachfolger von Helfer in der Fraktion wird Manfred Hass, wie sein Vorgänger ein früherer Polizeibeamter.

Berlin - Holger Apfel wurde beim Bundeskongreß der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) am 25. Mai in Leipzig erneut zum Bundesvorsitzenden gewählt. Zu Stellvertretern wählten die 150 Delegierten: Andreas Storr, Achim Ezer und Jürgen Distler. Beschlossen wurden u.a. neue Grundsätze zur Bildung von Kadergruppen.

Berlin - Am Donnerstag, den 13. Juni feierte die inzwischen in Berlin erscheinende jungkonservative Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF) den zehnten Jahrestag ihres Ersterscheinens. „Anfang Juni 1986 erschien in Stegen bei Freiburg im Breisgau die erste Ausgabe der Schüler- und Studentenzeitschrift“, hieß es dazu in der Einladung. Die Startauflage des damaligen zweimonatlichen Periodikums lag bei 400 Heften. Seit Januar 1994 erscheint die JF als Wochenzeitung, zunächst in

Potsdam, seit kurzem in Berlin, mit mehreren zehntausend Exemplaren pro Ausgabe.

Bonn - Dem Bundeskriminalamt sind für das erste Quartal 1996 210 antisemitisch motivierte Straftaten bekannt geworden, dies teilte die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der PDS mit. Im einzelnen seien es drei Fälle von Körperverletzung, vier Fälle von Störung der Totenruhe, 18 Sachbeschädigungen und 185 sonstige Delikte. Für den Monat März 1996 hat das Bundeskriminalamt insgesamt 172 fremdenfeindlich motivierte Straftaten registriert. Laut Mitteilung der Parlamentspressestelle umfaßt diese Zahl drei Brandanschläge, 19 Angriffe gegen Personen - darunter eine versuchte Tötung - und 150 sonstige Straftaten wie Sachbeschädigungen, Bedrohungen oder Beleidigungen.

Coburg - Am 23. und 24. März feierte das „Hilfskomitee Südliches Afrika“ (HSA) im bayrischen Coburg sein 20jähriges Bestehen. Den Abschluß der Referentenliste bildete Werner Pfeifenberger (geb. 1941 in Salzburg), seit 1973 (mit Unterbrechungen) Politologie-Professor am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Münster.

Coburg - Peter Dehoust (Coburg), Mitherausgeber und presserechtlich Verantwortlicher der Monatszeitschrift „Nation+Europa“ (NE), wurde im Rahmen der diesjährigen Jahreshauptversammlung der „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GFP), mit dem „Ulrich-von-Hutten-Preis“ ausgezeichnet. Die Laudatio auf Dehoust hielt der ehemalige NSDAP-Reichstagsabgeordnete Werner Kuhn. Dieser zeichnete den politischen Werdegang von Dehoust auf: 1953 erster Kontakt zum NE-Gründer Arthur

Ehrhardt, 1956 Mitbegründer des „Bundes Nationaler Studenten“ (BNS), Herausgeber von dessen Zeitschrift „Student im Volk“, 1961 Gründer und Redakteur des „Deutschen Studentenanzeigers“, ab 1963 Redakteur von NE, von 1971 bis 1992 NE-Chefredakteur; dazwischen Gründungsmitglied und stellvertretender Vorsitzender des „Hilfskomitees Südliches Afrika e.V.“ (HSA), Mitglied von DRP, später NPD und heute Bundesvorstandsmitglied der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH). Zum GFP-Jahreskongreß hatten sich knapp 300 Teilnehmer an einem Ort am Rande des Thüringer Waldes eingefunden. Als Referenten waren zugegen: Gert Meier, Karl Baßler, Klaus Weinschenck, Klaus Kunze, Franz Uhle-Wettler, Eduard Koch, Werner Kuhnt und Felix Buck. Das Abschlußreferat hielt NE-Mitherausgeber Adolf von Thadden. Die Leitung hatte der GFP-Vorsitzende Rolf Kosiek inne.

Deggendorf/Bayern - Der bayrische Landesvorsitzende der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), Rainer Hatz, wurde auf dem in Deggendorf durchgeführten JN-Landeskongreß in seinem Amt bestätigt. Dem Vorstand gehören an: Klaus Beier, Jürgen Distler (Stellvertreter), John Creuzberger (Schatzmeister), Michael Praxenthaler, Karl-Heinz Sendbühler, Sascha Roßmüller (als Beisitzer). Dem JN-Landeskongreß schloß sich im Landkreis Freising ein Konzert mit dem neonazistischen Liederbarde Frank Rennie (bis zum Verbot Mitglied der „Wiking-Jugend“, Gau Schwaben) an.

Düsseldorf/Berlin - Nach Informationen des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes plant die rechtsintellektuelle „Junge Freiheit“, den NRW-Innenminister Kniola durch „namhafte Juristen“ zu verklagen. Der nordrhein-westfälische Innenminister hatte bei der Vorstellung des jüngsten Landesverfassungsschutzberichtes der „Jungen Freiheit“, die als Sprachrohr der sogenannten Neuen Rechten gilt, bescheinigt, Positionen zu publizieren, „die mit der Verfassungsordnung nicht übereinstimmen“. JF-Chefredakteur Dieter Stein soll bei einem nichtöffentlichen Sympathisanten-Treffen Anfang April in Bochum, das vom Verfassungsschutz belauscht wurde, die Klage angekündigt haben. Bei der Zusammenkunft wurde der Düsseldorfer Verfassungsschutz als ein „dummes, anmaßendes und im höchsten Maße verlogenes Instrument“ des israelischen Geheimdienstes Mossad bezeichnet.

Flensburg - Der bundesdeutsche Altnazi Thies Christophersen darf nicht per Sondererlaubnis in

die Bundesrepublik Deutschland einreisen. Der in Deutschland per Haftbefehl gesuchte Christophersen, ehemals SS-Mann im Vernichtungslager Auschwitz und seit Jahrzehnten einer der Verfechter der „Auschwitz-Lüge“, hatte einen Passierschein beantragt, um an der Beerdigung seines Sohnes in der Nähe von Flensburg teilnehmen zu können. Die Staatsanwaltschaft Flensburg lehnte dies jedoch ab. Christophersen war 1995 von seinem dänischen Exil in die Schweiz abgetaucht, wurde von den dortigen Behörden jedoch wieder des Landes verwiesen.

Moskau/Rom - Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung erfreut sich der russische Ultranationalist Wladimir Schirinowskij bei den russischen Streitkräften großer Beliebtheit. Laut einer Umfrage stimmten bei den Parlamentswahlen vom Dezember vergangenen Jahres 38 Prozent der Armee-Angehörigen sowie 45 Prozent der Offiziere für die Partei des „Russen-Hitler“.

Schirinowskij selbst macht derzeit durch internationale Geschäftskontakte von sich reden. Die Staatsanwaltschaft von Torre Annunziata bei Neapel hat gegen Schirinowskij ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, da er beschuldigt wird, über einen Mittelsmann in Slowenien radioaktives Material für Atomwaffen in den Westen verkauft zu haben.

Münster - Bundesarbeitsminister Norbert Blüm darf die Scientology-Sekte ein „menschenverachtendes Kartell der Unterdrückung“ nennen. Der 5. Senat des Oberverwaltungsgerichts in Münster hat in einem Eilverfahren einen entsprechenden Unterlassungsantrag der Sekte zurückgewiesen. Nach Ansicht des Gerichts ist auch die Blüm-Äußerung vertretbar, die „Rädelsführer“ von Scientology seien „Kriminelle“, die Mitglieder würden einer „Gehirnwäsche“ unterzogen und die Sekte verbreite eine „verblendete Ideologie“. All diese Wertungen und Bezeichnungen seien nach vorläufiger Prüfung hinreichend belegt. Auch die Titulierung als „verbrecherische Geldwäsche-Organisation“ wurde vom OVG Münster gedeckt. Minister Blüm habe in plakativer Umgangssprache dargestellt, daß SC seine finanziellen Mittel auf verwerfliche Art und Weise erlange und daß diese Mittel teilweise aus Straftaten stammten (Az.: OVG 5 B 993/95).

Ebenfalls hat der 5. Senat des Oberverwaltungsgerichts Münster entschieden, daß der „Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenerkenntnis“ (VPM) vom Bundesfamilienministerium in eine Broschüre über Sekte aufgenommen werden

darf. Das Gericht hat einen entsprechenden Antrag des VPM abgelehnt, der dem Ministerium die Aufnahme der Organisation in den Sektenbericht untersagen sollte (Az.: 5 B 168/94).

Neuhaus am Rennsteig/Thüringen - Am 4. Mai veranstaltete der Landesverband Thüringen der „Republikaner“ eine Gegendemonstration zum 1. Todestag des bei einer Auseinandersetzung zwischen rechtsextremen und andersdenkenden Jugendlichen getöteten Sandro Weilkes. Als Kundgebungssprecher traten in Neuhaus der stellvertretende Bundesvorsitzende der „Republikaner“, Ottmar Wallner, und die stellvertretenden Thüringer Landesvorsitzenden Lutz Diener und Heinz Schneider auf. Geworben wurde für die Demonstration an der rund 250 Personen, darunter zahlreiche Neonazis teilnahmen, u.a. in „Nation+Europa“ (NE) und per Nationalem Infotelefon Franken.

Pully bei Lausanne/Schweiz - Der rechtsextreme 81jährige Schweizer Bankier Francois Genoud („Ich bin Nationalsozialist der ersten Stunde, und bin es bis heute geblieben“) hat sich in seinem Haus in Pully bei Lausanne vergiftet. Über seine Landesgrenzen hinaus wurde Genoud, der „das Genie Hitler“ bewundert und bestreitet, daß dieser je willentlich die Vernichtung der Juden anstrebte, bekannt, als er sich für nationalsozialistische Massenmörder wie Adolf Eichmann und Klaus Barbie einsetzte. Genoud besaß auch das einträgliche Copyright an den Goebbels-Tagebüchern, das er auf Grund einer Vereinbarung mit Maria Goebbels, der Schwester des einstigen Propagandaleiters, im Jahr 1955 abgeschlossen hatte. Während die rechtsextreme Seite von Genoud bisher weitgehend bekannt war, gelangte seine Verstrickung ins terroristische Milieu - auf Seiten arabischer Nationalisten in deren militanten Kampf für die Unabhängigkeit und gegen Israel - erst jüngst schemenhaft an das Licht der Öffentlichkeit.

Recklinghausen/Bingen - Für die Zukunft des deutschen Volkes sehen die rechtsextremistischen „Unabhängigen Nachrichten“ die „traurigen Überreste in Reservaten“ dahinvegetieren. Das antisemitische Hetzblatt fordert deshalb in einer Anzeige im Revanchistenblatt „Der Schlesier“ (31.5.1996) auf, dagegen etwas zu unternehmen.

Rodach-Sülzfeld (Bayern) - In der aktuellen Ausgabe des rechtsextremistischen Periodikums „Der Scheinwerfer“ von Eberhard Hefendehl findet sich eine positive Kritik der 95 Thesen Manfred Roe-

ders zum Lutherjahr. Roeder hatte die Thesen anlässlich des 450. Todestages des Reformators Martin Luther im Januar veröffentlicht. „Würde Luther in der heutigen Zeit leben“, so der „Scheinwerfer“-Autor Ernst Preuß, „so müßte er sich auch als ‘Rechtsextremist’ verteufeln lassen.“ Herausgeber Hefendehl wundert sich ebenfalls über die offizielle Rezeption Luthers in der Bundesrepublik; „er ist doch nach heutigen Kriterien der schlimmste ‘Rechtsextremist’ und ‘Volksverhetzer’“. Ob Luther mit der Bibelübersetzung der Menschheit einen guten Dienst erwiesen hat - darüber läßt sich streiten.“

Roeder selbst nahm an einer historischen Veranstaltung im rheinhessischen Worms (Rheinland-Pfalz) am 20. April teil. Dort hatte er tatsächlich die Möglichkeit, ein „Protestgedicht“ vorzutragen, „das ich auf dem Wege nach Worms im Auto verfaßt hatte. Es schlug ein wie eine Bombe.“ „Was euch von Stuttgart Theologen seit fünfzig Jahren vorgelogen, das tu ich nun vor euch zerreißen, und auf die Pfaffenlehren - pfeifen.“ Weiterhin berichtet Roeder in seinem aktuellen Rundbrief Nr. 3/96, wie er das Stuttgarter Schuldenbekenntnis der EKD vor dem Wormser Dom zerriß und auf den Boden warf. „Hiermit widerrufe und zerreiße ich das schmachvolle Stuttgarter Schuldbekenntnis und übergebe es der ewigen Vergessenheit! - Das deutsche Volk ist frei!“

Siezenheim/Österreich - Der österreichische Neonazi Karl Polacek, zeitweilig FAP-Landesvorsitzender in Niedersachsen, propagiert in der aktuellen Ausgabe seines „Braunauer Ausgucks“ (Frühjahr 1996) den „politischen Guerillakrieg“. Angekündigt seien, so Polacek, „Aktionsgemeinschaften“, die „möglichst verdeckt arbeiten“ und „keine Uniform oder besondere Zeichen“ tragen sollen: „Nichts darf auf eine Organisation oder politische Strukturen hinweisen“. Ein wichtiger Teil des „politischen Guerillakrieges“ sei das „Führen von Archiven“ zur „Feindaufklärung“. Wichtig erscheint Polacek auch die „Vernetzung“ mittels Infotelefonen und Mailboxen.

Stuttgart - Die rechtsextremen „Republikaner“ haben sich jetzt von vier Mitgliedern getrennt, die aktiv bei den „Runden Tischen“, der Schaffung einer „Vereinigten Rechten“ engagiert waren. Das Landesschiedsgerichts der Partei hat nach Angaben des Landesverbandes die Ausschlußanträge des Präsidiums gegen Werner Beck, Wolfgang Friedl und Ellen Geyer (allesamt Landtagskandidaten für die REP) sowie gegen den früheren REP-

Wahlkampfmanager Leo Thenn (Pforzheim) bestätigt.

Tübingen/Baden-Württemberg - Vor dem Schöffengericht des Tübinger Amtsgerichtes wird derzeit gegen den Verleger Wigbert Grabert wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener ermittelt. Es geht dabei um das 400 DIN A4-Seiten umfassende Mammutwerk „Grundlagen zur Zeitgeschichte. Ein Handbuch über strittige Fragen des 20. Jahrhunderts“ (Tübingen 1994), in dem rund ein Dutzend Autoren aus der Bundesrepublik, Frankreich, Italien, Kanada und den USA in der ihnen eigenen pseudowissenschaftlichen Weise u.a. den Holocaust an den Juden leugnen, Zeugenaussagen von Nazi-Opfern in Frage stellen, die Authentizität des „Wannsee-Protokolls“ bestreiten und die Tatsache des deutschen Massenmordes an jüdischen Sowjetbürgern in Babi Jar/Kiew verneinen. Herausgeber ist Germar Rudolf, verheirateter Scheerer alias „Ernst Gauss“. Der Gemeinschaftsvertrieb des Buches lag u.a. in Händen des Bremer „Faksimile“-Verlages, des Coburger „Nation Europa“-Verlages und des „Grabert“-Verlages. Von den Verlagen wurde die Publikation als „einzigartiges Handbuch“, als „ein umfassendes Standardwerk mit aktuellen Beiträgen der wichtigsten revisionistischen Forscher aus aller Welt“ angepriesen.

Tübingen/Frankfurt - Der Tübinger „Grabert-Verlag“ hat Ende April im „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel“ eine achtseitige Anzeige geschaltet. Das Vertriebsprogramm des braunen Verlages, so der aktuelle Verfassungsbericht, „umfaßt Bücher mit rechtsextremistischen Inhalten. Schwerpunkte im Verlagsprogramm sind nach wie vor Publikationen mit revisionistischen, insbesondere die deutsche Kriegsschuld leugnende Themen“. Der „Grabert-Verlag“ verlegt auch das revisionistische Periodikum „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ (DGG). Die „Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik“, so der Untertitel, wird seit dem Tod des Gründers Herbert Grabert 1978 von Sohn Wigbert Grabert herausgegeben und erscheint mittlerweile im 44. Jahrgang. Anfang des Jahres 1996 wurde im baden-württembergischen Verband der Verlage und Buchhandlungen ein Ausschluß der Verlage „Grabert“ und „Hohenrain“, er wurde in den 80er Jahren als Tochterunternehmen des „Grabert-Verlages“ gegründet, sowie „Ahriman“, Freiburg, diskutiert. Alle drei Verlage, insbesondere der „Ahriman-Verlag“, inserieren regelmäßig im Frankfurter

Adresse:

„Börsenblatt“. Mit dieser außergewöhnlich umfassenden Anzeige zielt der Grabert-Verlag auf den Einzelhandel, der so animiert werden soll, die Titel des Verlages in sein Sortiment aufzunehmen. Verleger Wigbert Grabert (55) ist Mitglied des „Witkobund e.V.“ und war 1980 an der Gründung des neurechten Kasseler „Thule-Seminars“ beteiligt.

Vlotho/Nordrhein-Westfalen - Udo Walendy, Mitbegründer der NPD und Inhaber des Verlages für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung (Sitz: Vlotho), wurde am 17. Mai vom Bielefelder Landgericht u.a. wegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Volksverhetzung in seiner Reihe „Historische Tatsachen“ zu 15 Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt. Juristischen Beistand lieferten die Rechtsanwälte Hajo Hermann, einst hochdekorierte Jagd- und Bundesvorsitzender der „Deutschen Sozialen Union. Die Vierte/Deutsche Partei“.

Villingen-Schwenningen - Am 29. Juni findet der 6. Landesparteitag des baden-württembergischen Landesverbandes der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) statt. Organisiert wird der Parteitag vom DLVH-Bundesvorstandsmitglied Jürgen Schützinger (Villingen-Schwenningen). Als Referent ist u.a. der Berliner Professor Klaus Weinschenk angekündigt. Weinschenk trat in der Vergangenheit auch als Referent beim VPM-Kongreß „Mut zur Ethik 1993“, beim „Neuen Klub Salzburg“, beim Berliner „Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerkes“, beim „Deutschen Seminar“, bei der „Gesellschaft für freie Publizistik“, beim Bundeskongreß der „Jungen Nationaldemokraten“ und als Teilnehmer beim Kongreß des „Studienzentrums Weikersheim“ in Erscheinung. Organisiert wird von Schützinger auch eine weitere Veranstaltung, die am 15. Juni „in reizvoller Lage im Schwarzwald“ stattfinden soll. Angesagt ist das 2. „Leserbriefschreibertreffen“, eingewiesen werden die rechtsextremen Leserbriefschreiber von Peter Dehoust (Mitherausgeber von „Nation+Europa“ und zugleich stellvertretender Vorsitzender der „Gesellschaft für freie Publizistik“)